



Trauernde Menschen stehen am 10. April 2009 in Kigali an der Gedenkstätte des ruandischen Genozids von 1994 hinter den Särgen von Ermordeten. Am 15. Jahrestag des Völkermords wurden dort die sterblichen Überreste von 150 Menschen beerdigt. Über 250 000 Tote liegen zentral in Kigali begraben, jährlich kommen nach Angaben der Gedenkstätte etwa 1000 weitere Opfer des Genozids hinzu.

In Afrika und in anderen Teilen der Welt erlebt die gewaltsame Lösung von Konflikten eine Renaissance. Seit dem Ende des Kalten Krieges sind rechtsfreie Räume entstanden, in denen der Kampf um die Macht mit militärischen Mitteln geführt wird. Während in manchen Gebieten archaische Formen der Auseinandersetzung vorherrschen, wächst die Internationale Gemeinschaft zu einer »Weltgesellschaft« zusammen, die sich kommunikationstechnisch, politisch und wirtschaftlich immer enger vernetzt. Regionale Konflikte werden mehr denn je in ihren globalen Auswirkungen wahrgenommen; sie zu lösen, bedarf es zunehmend internationaler Mechanismen. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass eine dauerhafte Stabilisierung nicht allein auf ausländischem Engagement basieren kann.

Regionale Anarchie in Subsahara-Afrika als internationales Problem

Der anfänglichen Euphorie über eine »neue Weltordnung« nach Ende des Kalten Krieges folgte schon bald die Ernüchterung und die Rede von der Herausbildung einer »neuen Weltunordnung«. Angesichts zahlreicher Kriege in der Dritten Welt, aber auch in Teilen Europas und der ehemaligen Sowjetunion sowie unter dem Eindruck zerfallener und zerfallender Staaten, »ethnischer Säuberungen«, humanitärer Katastrophen und Völkermord, wachsenden Migrationsdrucks und zunehmender Umweltzerstörung wurden nunmehr eine »neue Unübersichtlichkeit« sowie Elemente von Anarchie und Chaos wahrgenommen. Im Weltmaßstab stellte man eine regional ungleiche Verteilung von Krieg und Frieden fest, uneinheitliche soziale, ökonomische und politische Entwicklungen sowie unterschiedliche Grade der »Zivilisierung« von Gesellschaften.

Die politischen, sozialen und ökonomischen Phänomene, die seit dem Ende des Ost-West-Konflikts oftmals als »Anarchie« (wörtlich: Herrschaftslosigkeit, Mangel an Ordnung) wahrgenommen und beschrieben worden sind, setzen sich in der Regel aus verschiedenen Elementen zusammen: Erstens sind dies Unterentwicklung und Armut als Folge schwieriger oder gescheiterter Modernisierungs- und Transformationsprozesse. Hierzu gehören Massenverelendung, Verstädterung mit Tendenzen zur Verslumung, die Brutalisierung und Kriminalisierung des Alltagslebens, Terror-Regime, Menschenrechtsverletzungen und politische Verfolgung. Zweitens zählt dazu der »Zerfall« von Staaten, die es nicht oder schwerlich schaffen, ihr Gewaltmonopol durchzusetzen und elementare Staatsfunktionen zu erfüllen. Drittens sind »Kriegsherrentum« und »staatsfreie Räume« in zerfallenen Staaten und zerbrochenen Gesellschaften zu erwähnen. Aus der Auflösung des Gewaltmonopols resultiert in der Regel eine »kriminelle Anarchie«, basierend auf der Willkürherrschaft lokaler Kriegsherren (»Warlords«) und ihrer Milizen sowie auf kriminalisierten Schattenwirtschaften in Gestalt von Schmuggel, Waffenhandel, Raub, Erpressung und Ressourcenplünderung. Dies führt viertens zu langjährigen regionalen und

internationalen Bürgerkriegen mit zerstörerischen Folgen für die Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt ganzer Länder. Solche Kriege rufen umfassende Sozialkatastrophen wie Massenhunger und Massenflucht, Seuchen, »ethnische Säuberungen« und Völkermord hervor, nicht selten verbunden mit akuten oder schleichenden Natur- und Öko-Katastrophen wie Dürren, Überschwemmungen und Waldzerstörung.

Von der lokalen Krise zum internationalen Problem

Vielerlei Faktoren wirken offenbar zusammen: Eine lokale Krise oder Katastrophe wird zu einem globalen Problem, was dann die Internationale Gemeinschaft zum Handeln bewegt. Die Interessen von Nachbarstaaten, Regionalorganisationen und raumfernen Mächten scheinen ebenso eine Rolle zu spielen wie ein problemlösungsorientierter »Aktionismus« internationaler Organisationen, namentlich der Vereinten Nationen (UNO), von Regierungen und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen. Schließlich ist auf die wichtige Rolle der Medien bei der Wahrnehmung von Krisen und Katastrophen sowie bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Politik hinzuweisen.

Seit den 1990er-Jahren haben die UNO und ihr Sicherheitsrat eine deutlich aktivere Rolle bei der internationalen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung übernommen: Sie entsenden Friedensmissionen, führen humanitäre Interventionen durch und vermitteln auf diplomatischer Ebene. Diese global ausgelegte Verantwortung für die Krisenregionen der Erde lässt sich für die großen Industrienationen durchaus auch interessenpolitisch begründen. In der heutigen »Weltrisikogesellschaft« mit ihren vielfältigen gegenseitigen Abhängigkeiten können sie eine Chaotisierung in Teilbereichen des internationalen Systems nicht hinnehmen, selbst wenn sich diese räumlich eingrenzen ließe. Denn eine Abschottung gegenüber Folgewirkungen regionaler Krisen und Katastrophen (z.B. in Gestalt von Migration, Umweltzerstörung, Terrorismus) ist, wie die letzten Jahre gezeigt haben, nicht möglich.

An die Stelle langfristiger Entwicklungs- und Strukturpolitik ist zusehends ein kurzfristiges Krisen- und Katastrophenmanagement sowie die humanitäre Nothilfe getreten. Allerdings wird diese Hilfe keineswegs allen Krisenregionen und Hilfsbedürftigen gleichermaßen zuteil: Vielmehr verfährt sie sehr wählerisch und setzt Prioritäten nach nicht immer nachvollziehbaren Kriterien. Beschlüsse der Großmächte im UN-Sicherheitsrat, UN-Blauhelmoperationen und die Einflussnahme von Interessengruppen in den Industrieländern dürften dabei ebenso von Bedeutung sein wie die Medienberichterstattung, der Zugang zu den Krisengebieten und die Sicherheitslage vor Ort. So wurde beispielsweise der Kongo trotz seiner verheerenden humanitären Situation gegenüber anderen Krisenregionen von der Weltgemeinschaft vernachlässigt.

Subsahara-Afrika als Region der »Anarchie«?

Immer neue Nachrichten über Unfrieden und Unsicherheit prägen das von den Medien gepflegte »katastrophische Afrikabild«: Armut, Hunger, Krieg, Flüchtlingselend und Aidsseuche machen den Kontinent zu einem Paradebeispiel für Sozialkatastrophen und wirtschaftliche Unterentwicklung. Dieses Bild vom »Chaos Afrika« unterstellt, dass die Region südlich der Sahara eine »wabernde« Konfliktmasse sei, aus der heraus sich immer neue Auseinandersetzungen entzünden. Afrika ist jedoch kein monolithisches Gebilde, sondern ein Kontinent, der sich aus höchst unterschiedlichen Welten zusammensetzt, die weiter auseinanderliegen als Sizilien und die Shetlands – nicht nur geografisch. Auch wurzeln die afrikanischen Kriege nicht einfach in blutrünstigen, urzeitlichen Stammesfehden, sondern ihre Ursachen lassen sich ebenso politisch begründen und präzise auseinanderhalten wie jene europäischer Kriege. So sind etwa die schrecklichen Ereignisse in Ruanda 1994 keineswegs als ein chaotisches Gemetzel zu erklären, sondern als ein gut geplanter und organisierter Völkermord an Tutsi und Hutu-Oppositionellen, an dem die herrschenden Eliten aus machtpolitischen und ökonomischen Gründen ein Interesse gehabt haben. Im Lichte der jugoslawischen Tragödie in Europa ist durchaus zu würdi-

Neue Kriege und Staatszerfall

Weltweit sind Konflikte seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert durch das Verschwinden der herkömmlich bekannten Grenzen zwischen »Krieg« und »Frieden« geprägt, so etwa die Kriege auf dem Balkan der 1990er-Jahre, die Konflikte im Kaukasus und in Afghanistan sowie in Nahost einschließlich des Irakkrieges (nach Beendigung der »regulären« Operationen). Man kann sie wie der Politologe Herfried Münkler mit dem Modebegriff »Neue Kriege« bezeichnen. Ein bestimmtes Muster dieser »Neuen Kriege« scheint bei den Staatszerfallkriegen in Afrika gegeben, und hier besonders in und um den Kongo. Ab 1990 entstand ein Zerwürfnis, das von Uganda und Ruanda ausgehend auf Burundi und den Ostkongo übergriff und sich 1994 zum grauenhaften Genozid in Ruanda ausweitete.

Die »Neuen Kriege« sind von der Vielzahl der Akteure gekennzeichnet. Neben regulären Armeen der Konfliktparteien und ausländischen Interventionstruppen sind ethnisch geprägte Milizen, kriminelle Banden, paramilitärische Verbände sowie Söldner und Sicherheitsunternehmen involviert. Allerdings sind die Übergänge von regulären Armeen zu Rebellenorganisationen oft fließend. So wird häufig von einer Mischform, den sogenannten Sobels (halb Soldat, halb Rebell), gesprochen.

Die mit den »Neuen Kriegen« eng verbundenen Kampfhandlungen werden auch als »asymmetrische Kriegführung« bezeichnet. Hier stoßen Armeen im klassischen Sinn auf irreguläre Gegner. Da man »klassischen Operationen« und »Schlachten« meist auswich, wird auch vom »Krieg geringer Intensität« (Low Intensity Conflict, LIC) gesprochen. Angesichts der hohen Opferzahlen vor allem bei der beteiligten Bevölkerung (»Kollateralschäden«) ist dieser Terminus allerdings ebenso unscharf wie der Ausdruck »asymmetrische Kriegführung«.

Was die »Neuen Kriege« ausmacht, ist die enge Verzahnung von Krieg, Bürgerkrieg, Guerillaoperationen, Terrorismus, Organisiertem Verbrechen sowie gezielten Menschenrechtsverletzungen der Konfliktparteien, etwa durch grausame Verstümmelung von Gegnern und Bevölkerung, die Rekrutierung von Kindersoldaten sowie die Anwendung von massiver sexueller Gewalt als Kriegsmaßnahme.

Häufig kommt es dabei vor, dass die Angehörigen ein- und derselben Gruppierung in verschiedenen Konfliktphasen nacheinander

Rebellentruppe, Regierungsverband, Soldateska eines Warlords oder selbst Flüchtlinge sind, so in und um Ruanda im Jahr 1994.

In Auseinandersetzungen dieser Art entstehen aufgrund anhaltender und sich geografisch ausbreitender Feindseligkeiten abseits und quer zu den staatlich kontrollierten Gebieten Warlord-Zonen, die politisch, militärisch und wirtschaftlich autonom sind. In solchen parastaatlichen Räumen spielt neben der Erhebung von Abgaben und Steuern von der örtlichen Bevölkerung die Ausbeutung von Bodenschätzen sowie der Missbrauch humanitärer Hilfe eine Rolle. Dazu kommt die Möglichkeit einer Finanzierung durch internationales Kapital, das im Netzwerk zwischen beteiligten Regierungen, Personen und Unternehmen global verschoben werden kann. Dasselbe gilt für die Belieferung mit Rüstungsgütern. Somit geht die Privatisierung der Gewalt einher mit einer veränderten Kriegswirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung. Da die staatlichen Systeme ausgehöhlt sind, können Verantwortungsträger der jeweiligen Gewaltorganisation schwerlich nach den Maßstäben öffentlich-rechtlicher Besoldung entlohnt werden. Entsprechend greifen in »schwachen Staaten« anderweitige Vergütungssysteme in Form von Korruption. Hier öffnet sich ein weites Spektrum: Neben Entlohnung durch Geld spielen Naturalien eine wichtige Rolle, etwa Schürfrechte an Bodenschätzen. An der Spitze dieser Skala stand wohl die rücksichtslose Selbstbereicherung eines Joseph Désiré Mobutu in der Demokratischen Republik Kongo. (mr)

picture-alliance/dpa/Abdelhak Senma



Mit seinem Maschinengewehr posiert dieser Kindersoldat am 2. September 1998 in Kalemie für den Fotografen.

gen, dass es manchen afrikanischen Ländern gelungen ist, ethnisch-kulturell unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unter schwierigsten Bedingungen über Jahrzehnte hinweg ohne größere Eklats zusammenzuhalten. Doch werden Fortschritte und Leistungen im Bereich der friedlichen Konfliktbewältigung, der Demokratisierung und der Wirtschaftsreform von der internationalen Medien-Öffentlichkeit leider weit weniger beachtet als Kriege und Katastrophen.

Eine differenzierende zeitgeschichtliche Kriegsbilanz macht deutlich, dass es in Afrika antikoloniale und antirassistische Befreiungskämpfe gegeben hat, nachfolgend auch Grenz- und Ressourcenkonflikte sowie vielfältige und langjährige Bürgerkriege in Gestalt von Separations- und Antiregimekriegen. Während des Ost-West-Konflikts nahmen manche dieser Auseinandersetzungen Züge von Stellvertreterkriegen an. Seit den 1980er-Jahren verband sich das Bild vom kriegerischen »Chaos Afrika« mit einer wirtschaftlichen und politischen Entwicklungskrise. Die Mehrzahl der ärmsten Staaten der Erde befindet sich hier. Mit dem Wegfall externer Unterstützung nach dem Ende des Kalten Krieges verschärfte sich in vielen Ländern Afrikas gesellschaftliche Widersprüche und Verteilungskämpfe. Durch weitverbreitete Familien- und Klientelwirtschaft diente der Staat immer weniger dem Allgemeinwohl, vielmehr wurde er gleichsam privatisiert, und Einzelpersonen machten ihre Interessen geltend. Es kam vermehrt zu kriegerischem Staatszerfall, sozialen Auflösungsprozessen sowie zur Ausbildung von auf Ressourcenplünderung basierenden Gewaltmärkten und Kriegsökonomien. In diesen Machtkämpfen wurden ethnische Unterschiede und Klanbindungen von den jeweiligen Führungseliten häufig bewusst politisiert, manipuliert und instrumentalisiert.

Die Internationale Gemeinschaft befasste sich auf sehr unterschiedliche Weise mit den Kriegen und humanitären Katastrophen in Afrika. Ein erster großer UN-Blauhelmeinsatz fand in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre im gerade unabhängig gewordenen Kongo statt, in dem es zu Wirren, Machtkämpfen und Abspaltungstendenzen gekommen war. Auch bei der friedlichen Beilegung ehemaliger Stellvertreterkriege im südlichen Afrika spielten die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle. In der ersten Hälfte der 1990er-Jahre kam es zu ihrem spektakulären und gescheiterten

Einsatz in Somalia. In Westafrika (Liberia, Sierra Leone, Elfenbeinküste) billigte und legitimierte die UNO zunächst das Eingreifen der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS, bevor sie dann nachfolgend eine aktivere Rolle in den dortigen Friedensprozessen übernahm. Der Völkermord in Ruanda fand im Jahre 1994 unter den Augen der dortigen UN-Blauhelmission statt. In den langjährigen Konflikten im Sudan (Südsudan, Darfur) engagiert sich die UNO erst seit Kurzem. Der größte UN-Einsatz weltweit und in Afrika findet derzeit in Gestalt der MONUC wiederum im Kongo statt (vgl. den Beitrag von Magnus Pahl).

Afrika ist ebenso wenig wie andere Krisenregionen auf der Welt ein internationaler »Sozialfall«, doch muss die Krisenbewältigung von innen kommen und soziokulturell wie sozioökonomisch und politisch vor Ort verwurzelt sein. Solche Eigenanstrengungen müssen massiv durch internationale Solidarität und Hilfestellung abgestützt werden. Die Chance chronisch instabiler und katastrophenanfälliger Gesellschaften liegt neben der Förderung von effektiver Staatlichkeit vor allem darin, lokale Selbsthilfebestrebungen, soziale Bewegungen und Demokratisierungsprozesse zu stärken. Aus humanitären Gründen ebenso wie im Sinne langfristiger Eigeninteressen können die einflussreicheren Mitglieder der Internationalen Gemeinschaft die aufgezeigten Entwicklungen einer größeren Zahl von Gesellschaften und Subregionen nicht hinnehmen, auch wenn sich diese mehrheitlich außerhalb des Kernbereichs der Weltpolitik und Weltwirtschaft befinden. Allerdings sollte dabei die friedenspolitische Kontroll- und Steuerungsfähigkeit der Internationalen Gemeinschaft nicht überschätzt werden. Doch andernfalls würden regionale Turbulenzen und Katastrophen auch auf die Machtzentren und Prosperitätszonen der Erde negativ ausstrahlen, beispielsweise in Gestalt wachsenden Migrationsdrucks, ökologischer Rückwirkungen oder terroristischer Übergriffe.

Volker Matthies